



Lorenz Hess (BDP):
«Grosse Diskrepanz.»



Corrado Pardini (SP):
«Mehr Transparenz!»

stimmung im Herbst müssen wir uns Gedanken machen, was nach 2030 geschieht.» **Denn ab diesem Zeitpunkt sei die Finanzierung der Altersvorsorge auch mit der neuen Reform nicht länger gesichert.**

«Die Schweiz hat eine grosse Diskrepanz: ein tiefes Rentenalter bei einer gleichzeitig sehr hohen Lebenserwartung», sagt Hess. Das Land komme nicht darum herum, diesem Auseinanderdriften entgegenzutreten. «Auch die aktuelle Reform liefert kein Rezept gegen diese Entwicklung», so der Politiker. Seit länge-

rem fordert die BDP eine automatische Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. «Wir haben darauf verzichtet, diesen Vorschlag in der aktuellen Debatte einzubringen, das hätte das Fuder überladen», sagt Hess. **Auf seinen Antrag hin hat aber die Bundesverwaltung bereits verschiedene Modelle geprüft und mit anderen Staaten verglichen.** «Es wird nicht einfach», so der Berner Nationalrat. «Aber wir müssen den Leuten endlich verständlich machen: Wir leben länger, wir müssen länger arbeiten.» ●



ntlichkeit

von Medienvertretern könnten Delegierte aus Angst vor Loyalitätskonflikten Beisshemmungen gegen die Unia-Spitze entwickeln.

Doch sind aktive Gewerkschafter so leicht einzuschüchtern? Es sieht

eher danach aus, als hätten ihre Bosse das gewünschte Ergebnis unter Ausschluss der Öffentlichkeit herbeibiegen wollen. **Denn das knappe Resultat zeigt:** Die Gefahr für die Reform von links ist nicht gebannt. ● SERMÍN FAKI

Fotos: Peter Gerber, Peter Mosimann, EQ Images, Keystone

Parlamentarierinnen fordern umfassendes Waffenregister



Diese Woche brachte ein Entscheid des EU-Parlaments die Schweizer Schützen in Harnisch. Nicht nur sollen Magazine in Privathaushalten auf maximal zehn Patronen begrenzt werden. Die Schweiz muss als Schengen-Mitglied auch ein umfassendes Waffenregister einführen, heisst es aus Strassburg (F). **Die Schützen drohen bereits mit einem Referendum.**

Nicht nur die Europäer drängen darauf. Im Bundeshaus nimmt eine Gruppe von Nationalrätinnen aus drei verschiedenen Parteien den Ball auf: Chantal Galladé (44, SP), Kathrin Bertschy (37, GLP) und Barbara Schmid-Federer (51, CVP) lancierten am Freitag einen Vorstoss, der eine umfassende Registrierung von Schusswaffen fordert. **Kommt dieser durch, haben Waffenbesitzer zwei Jahre Zeit, sich bei ihrem Wohnsitzkanton zu melden.** «Wir wollen Druck machen, dass bei der Vernehmlassung der Schengen-Bestimmungen die Erfassung aller Waffen Pflicht wird», sagt Galladé. Aufgrund

des Schengen-Beitritts der Schweiz existieren zwar in den Kantonen jeweils entsprechende Daten. «Aber über Waffen, die vor 2008 erworben wurden, wissen die Behörden schlicht zu wenig», so die Zürcherin.

Die Nationalrätinnen verweisen in der Begründung der Initiative explizit **auf den tunesischen Attentäter Anis Amri (†24), der vor dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt bei der Gedächtniskirche einen Lastwagenchauffeur erschoss** – mit einer Pistole, die in den 90er-Jahren legal in die Schweiz importiert worden war. «Die fehlende Registrierung der Tatwaffe hat die Ermittlungen erschwert», sagt Bertschy. Sie ist überzeugt, dass die Schweizer Frauen mehrheitlich ein solches Register unterstützen würden. «Das wissen wir aus vergangenen Abstimmungen», so die Bernerin.

In einer exponierten Situation befindet sich CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Ihre Partei war seinerzeit bei der Abstimmung zum Waffenrecht gespalten. «Wir CVP-Frauen haben uns aber schon damals klar für ein schärferes Waffenrecht ausgesprochen», sagt sie. ● SIMON MARTI



«Die Erfassung aller Waffen muss Pflicht werden», verlangen die Nationalrätinnen Kathrin Bertschy, Barbara Schmid-Federer und Chantal Galladé (von links).